



Luzern, 18. Dezember 2015

STELLUNGNAHME ZU MOTION**M 13**

Nummer: M 13
Eröffnet: 23.06.2015 / Justiz- und Sicherheitsdepartement
Antrag Regierungsrat: 18.12.2015 / Ablehnung
Protokoll-Nr.: 1486

Motion Töngi Michael und Mit. über einen Planungsbericht politische Partizipation**A. Wortlaut der Motion**

Der Regierungsrat wird beauftragt, in einem Planungsbericht aufzuzeigen, welche Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation heute im Kanton Luzern bestehen und welche zusätzliche Massnahmen möglich sind, um die politische Mitbestimmung der Bevölkerung zu fördern. Er soll weiter aufzeigen, welche dieser Massnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation aus seiner Sicht ergriffen werden sollen.

Begründung:

Bei den kantonalen Wahlen 2015 hat die Stimmbeteiligung einen weiteren Tiefststand erreicht. Nur noch ein gutes Drittel der Stimmberechtigten macht von seinem Recht zur Wahl des Kantons- und Regierungsrates Gebrauch. Gleichzeitig beklagen viele Gemeinden die Abwesenheit einer grossen Mehrheit der Stimmberechtigten an Gemeindeversammlungen. Auch die Partizipation an zivilgesellschaftlichen Formen der Mitbestimmung nimmt ab. Quartiervereine lösen sich auf, Vereine haben Mühe, Mitglieder zu finden. Viele Menschen sehen keinen Zusammenhang mehr zwischen ihrem Leben und der Politik. Dies führt zu Gleichgültigkeit, aber auch zu einer Ablehnung der heutigen politischen Instrumente und Instanzen.

In der Vergangenheit wurden bereits verschiedene Massnahmen zur besseren politischen Partizipation diskutiert. Nie aber wurde eine Auslegeordnung gemacht und eine grundlegende Debatte über die Massnahmen geführt. Nach dem neuen Tiefststand bei der Wahlbeteiligung ist diese Diskussion über Massnahmen notwendig.

Töngi Michael
Reusser Christina
Frey Monique
Bucher Michèle
Stutz Hans
Hofer Andreas
Meile Katharina

B. Begründung Antrag Regierungsrat

Die politische Partizipation der Stimmberechtigten und breiter Bevölkerungsgruppen ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie. Massnahmen zur Verbesserung der Stimmbeteiligung und auch Untersuchungen über die Wirksamkeit solcher Massnahmen sind daher regelmässig ein Thema auf allen staatspolitischen Ebenen. Die Motion verlangt aufgrund der tiefen Stimmbeteiligung bei den kantonalen Wahlen vom 29. März 2015 einen Planungsbericht mit einer Auslegeordnung über Massnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation.

Eine tiefe Wahlbeteiligung darf nicht per se nur als Problem angesehen werden. Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass die Hälfte der Nichtwählenden zufrieden ist und ein hohes Vertrauen in das politische System hat. Dadurch wird die häufig kritisierte tiefe Wahlbeteiligung relativiert. Auch wenn die Wahl- und Stimmbeteiligung in letzter Zeit weiter abgenommen hat, so werden heute schon auf allen Ebenen zahlreiche Anstrengungen unternommen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Wir verweisen dazu auf unsere Antwort auf das Postulat P 25/2015 von Candan Hasan und Mit. über die politische Partizipation im Kanton Luzern.

Auf Bundesebene sind verschiedene Projekte hängig, welche die Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation untersuchen werden. In einem Pilotprojekt der Bundeskanzlei in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz soll die Stimmbeteiligung nach soziodemografischen Merkmalen erhoben werden. Diese Untersuchung soll Grundlagen bei weiteren Diskussionen über die unter- bzw. überproportionale Repräsentation gewisser Bevölkerungsgruppen bei Wahlen und Abstimmungen liefern. Zudem hat sich der Bundesrat in Beantwortung des Postulats P 14.3470 von Reynard Mathias bereit erklärt, einen Bericht über Massnahmen der politischen Partizipation zu verfassen. Er hat dabei erklärt, dass die Herabsetzung des Stimmrechtsalters, die politische Bildung und die verschiedenen vom Staat oder von Dritten initiierten Programme zur politischen Sensibilisierung zu den Massnahmen gehören, die genannt würden, wenn es darum gehe, die Teilnahme am politischen Leben zu fördern. Der Bericht soll sich auf bereits gemachte Erfahrungen in diesem Bereich abstützen und untersuchen, ob die genannten Massnahmen die geeigneten Mittel sind, um die politische Beteiligung zu fördern. Es ist geplant, die Kantone für die Ausarbeitung des Berichts in geeigneter Form miteinzubeziehen. Das Postulat P 14.3470 wurde im Parlament noch nicht behandelt. Bis im Sommer 2016 soll zudem gestützt auf die Postulate P 13.3751 von Aubert Josiane und P 15.4023 von Masshardt Nadine ein Expertenbericht des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vorliegen. Dieser Bericht wird die Frage beantworten, wie die Bildungsinhalte zur politischen Bildung in den Kantons- und Schullehrplänen der Sekundarstufe II umgesetzt werden. Ausserdem wird der Bericht Auskunft geben über den Stellenwert der politischen Bildung in Politik und Forschung sowie im Vergleich mit anderen Bildungsinhalten. Wir sind der Ansicht, dass vorerst das Ergebnis all dieser Arbeiten abzuwarten ist, bevor auf kantonomer Ebene allenfalls weitere Untersuchungen in die Wege geleitet werden.

Zu beachten ist zudem, dass im Kanton Luzern bereits mehrmals Abklärungen über die Wirksamkeit von Massnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation getroffen worden sind. Wie im Kinder- und Jugendleitbild vom 2. Juli 2014 festgehalten ist, gehen wir davon aus, dass je früher Kinder und Jugendliche ihrem Alter entsprechend Gelegenheit dazu erhalten, sich aktiv einzubringen, desto eher sie auch als Erwachsene in ihrem Gemeinwesen Verantwortung übernehmen werden. Daher fördern wir in den Gemeinden Projekte mit partizipativen Prozessen. Zudem besteht im Kanton Luzern seit 14. März 2014 ein Jugendparlament, ein wichtiges Instrument zur Förderung der politischen Partizipation. Der Kanton unterstützt dieses bei der Organisation und bei der Durchführung der Jugendsession. Als weitere Massnahmen werden im Kanton unter anderem das Projekt "easyvote" und die Wahlhilfe-Plattform "Smartvote" im Zusammenhang mit der Umsetzung von Aktivitäten bei Wahlen und

Abstimmungen finanziell und organisatorisch unterstützt. Beide Projekte können das politische Interesse an Wahlen stärken. Zudem bezahlt der Kanton den Gemeinden, die "easyvote" für ihre Jungen anbieten, einen Betrag von Fr. 1.50 pro Jugendlichen in der Gemeinde.

Wie schon in unserer Antwort auf das Postulat P 728/2010 von Reusser Christina und Mit. über die Erarbeitung eines Grundlagen- und Massnahmenberichtes zur Förderung der politischen Partizipation dargelegt, erachten wir es als eine ständige Aufgabe des Kantons und der Gemeinden, die politische Partizipation der Stimmberechtigten zu fördern und die politischen Parteien in dieser Aufgabe zu unterstützen. Aufgrund der verschiedenen beim Bund hängigen Projekte sehen wir aktuell jedoch keinen Handlungsbedarf, parallel und zusätzlich zu den bereits getroffenen Abklärungen und Unterstützungsmassnahmen wie "easyvote" im Kanton einen Planungsbericht mit einer Auslegeordnung über die Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation zu verfassen.

Wir beantragen Ihnen deshalb die Abweisung der Motion. Wir werden aber selbstverständlich die Berichte des Bundes, wenn sie vorliegen, prüfen und falls notwendig Massnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation ergreifen.